

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 05 5. März 1997

➔ **Strukturen des Terrors** Seite 2

Der Polizistenmörder Kai Wiesner war seit Jahren fest in den Berliner braunen Sumpf integriert. Führende Neonazis haben ihn in die militante Szene eingeführt.

➔ **Nazi-Ikone verschieden**

Seite 4

Dem Holocaust-Leugner Thies Christophersen erwiesen seine Familie und ein Kreis treuer Anhänger die letzte Ehre. Ausgerechnet auf einem Kieler Friedhof, auf dem auch Opfer des NS-Terrors beerdigt sind.

➔ **Spiel mit dem Feuer** Seite 5

Der Münchner Altoberbürgermeister und Ex-SPD-Bundesvorsitzende Hans Jochen Vogel hat in einem Offenen Brief an Peter Gauweiler vor den Gefahren für den „demokratischen Grundkonsens“ gewarnt. Gauweiler, Münchner-CSU-Vorsitzender, habe „an der Spitze einer demokratischen Partei nichts mehr verloren“.

➔ **Rechtsaußen-Parlamentarier** Seite 10

Im Hinblick auf das öffentliche Auftreten unterscheiden sich „Republikaner“ und DVU zwar deutlich. Was den Bereich der Ideologien und die parlamentarischen Strategien anbelangt, so überwiegen die Gemeinsamkeiten. Dies wurde u.a. in einer Untersuchung über die parlamentarische Arbeit von REP und DVU festgestellt.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

Brisantes Umfeld

Der braune Sumpf

Der neonazistische Todesschütze Kai Diesner begann seine braune Karriere als 17jähriger unmittelbar nach der Wende. Schnell kam er in Kontakt zur militanten Neonazi-Szene. Unter seine Fittiche genommen wurde Diesner u.a. von dem neonazistischen Politrockstar Arnulf Priem.

Der Polizistenmörder Kai Diesner, ein vorbestrafter 24jähriger Industriemechaniker, der mit seiner Schrottwaffe auch einen Berliner Buchhändler schwer verletzt hat, gehört seit Jahren dem harten Kern der militanten Neonazi-Szene in Ostberlin an. Seine braune Karriere hat er als 17jähriges Mitglied der „Nationalen Alternative“ (NA) 1990 in der Weitlingstraße in Berlin-Lichtenberg begonnen. Dort verkehrten Neonazi-Führer wie Gottfried Küssel und Terroristen wie Ekkehard Weil. Ein Jahr später marschierte Diesner beim Heldengedenken in Halbe und beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Bayreuth mit.

Diesner ist Mitglied bei den Polit-Rockern „Vandalen-Ariogermanische Kampfgemeinschaft“, gegründet von Arnulf Priem, Ex-Landesvorsitzender der verbotenen „Deutschen Alternative“, die germanische Ordnungsbilder und Riten pflegen. Vorbestraft ist Diesner wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Körperverletzung und „Bildung eines bewaffneten Haufen“. Der „bewaffnete Haufen“ hatte sich am 13. August 1994 in der Wohnung des 49jährigen Neonazi-Funktionärs Priem, der Diesner in die Szene eingeführt hatte, verschanzt. Beim Sturm der Wohnung durch die Polizei wurden neben Priem und Diesner u.a. festgenommen: Enno Gehrmann (NF, „Sozialrevolutionäre Arbeiterfront“, Detlef Cholewa („Die Nationalen“, FAP), Oliver Schweigert (Kroatien-Söldner, FAP, NA), Matthias Riddenkamp („Bund Vaterlandstreuer Volksgenossen“), Wolfgang Kaiser (NF/NEK).

1992 wurde in Berlin der „Weiße Arische Widerstand“ (WAW), ein Zusammenschluß von Mitgliedern verschiedener neonazistischer Organisationen gegründet (Kontaktadresse über Postfach 68 in Berlin, Postamt 58, Eberswalder Straße). Mitglieder bzw. Mitarbeiter des Organs „NS-Denkzettel“ sollen u.a. Ingo Hasselbach (Neonazi-Aussteiger, Ex-Vorsitzender der NA), Heiko Baumert (NA,

FAP, HNG), Holger Steinbiss („Nationalistische Front und „Nationales Einsatzkommando“ >NEK<) sowie Frank Lutz gewesen sein. Mitarbeiter war auch Markus Bischoff (FAP, HNG), der 1995 u.a. wegen der Verbreitung des NS-Denkzettels (bei seiner Verhaftung hatte er laut HNG-Nachrichten mehrere Ausgaben der Nr.7 des „NS-Denkzettels“ bei sich) zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

„Gewalt gegen Terror“

Im „NS-Denkzettel“, der nur an zuvor überprüfte Leute verschickt wird, waren auch Auszüge aus der Kleinkriegsanleitung „Werwolf - Winke für Jagdeinheiten“ veröffentlicht. Autor ist Arthur Ehrhardt, ehemals SS-Hauptsturmführer und Chef der „Bandenbekämpfung“ im Führerhauptquartier; er gründete 1951 die Monatszeitschrift „Nation Europa“ (heute „Nation+Europa“ (NE). In Punkt 3. der „Kleinkriegsanleitung“ heißt es: „Ausrottung der Helfershelfer des Feindes und Durchkreuzung aller feindlichen Maßnahmen durch rücksichtslosen Kampf. Gewalt gegen Terror!“

Die Berliner Neonazi-Organisation „Weißer Arischer Widerstand“ (WAW) gilt als deutscher Ableger der „White Aryan Resistance“ (WAR) von Tom Metzger/USA. Propagiert wird von der WAR (laut ARD-Magazin FAKT) das Konzept des „Leaderless Resistance“ (= „führerloser Widerstand“). Architekt dieser 1992 konzipierten Terrorstrategie ist der US-Amerikaner Louis Beam. Beam war ehemals „Großer Drache“ der „Knights of the KuKluxKlan“ in Texas und machte sich bereits 1983 für die Einrichtung des Computernetzwerkes „Aryan Nations Liberty Net“ (Vorbild für das deutsche Thule-Netz) als Propagandainstrument der Gruppe „Aryan Nations“ stark.

Eigentliches Vorbild für den deutschen WAW ist die gleichnamige militante Neonazi-Truppe „Vitt Ariskt Motstand“ (VAM) in Schweden. Auf ihr Konto gehen Morde an politischen Gegnern, Briefbomben und bewaffnete Banküberfälle. In paramilitärischen VAM-Ausbildungslagern wurden auch Berliner Neonazis ausgebildet. So prahlte Andreas Hackmann (wohnte zeitweilig bei Heiko Baumert, einer der Gründungsredakteure des „NS-Denkzettels“), der wegen parteischädigendem Verhalten aus der NA ausgeschlossen wurde, im Juli 1991 mit einer Postkarte an die Berliner Anifa-Jugendfront mit seiner Teilnahme an einem Wehrsportlager im schwedischen Värmland bei Arjäng.

Anton Maegerle

„Ein durchgeknallter Typ“

Berlin - Bei seinen Nachbarn hat sich Kai Diesner immer schon höchst unbeliebt gemacht. „Ein durchgeknallter Typ, fast ständig im Alkoholausgang“, schimpft ein Mieter. „Der hat wilde Partys gefeiert und Heil-Hitler gerufen“, ergänzt eine vorbeikommende Frau. Die Bewohner des 18stöckigen Plattenbaus in der Blenheimstraße im Berliner Stadtteil Marzahn sind offensichtlich froh, daß sie dem hochgewachsenen Neonazi mit dem hiesigen Pitbull-Terrier jetzt nicht mehr im Treppenhaus oder im Fahrstuhl begegnen müssen. Kai Diesner, der am 23. Februar auf einem Autobahn-Parkplatz bei Lauenburg einen Polizisten erschossen und einen zweiten Beamten schwer verletzt hat, gilt aber auch bei seinen Gesinnungsgenossen als äußerst schwieriger Zeitgenosse. „Der war zwar nur ein kleines Licht“, sagt einer seiner früheren Kameraden. „Aber wenn es um Gewalt ging, war

er immer voll dabei“ Nicht von ungefähr klebt auf der Wohnungstür des 24jährigen ein Foto seines Pitbulls sowie ein Schild mit der Aufschrift: „I love violence“ (ich liebe Gewalt). Und nicht ohne Grund bekannte sich Diesner kurz nach seiner Festnahme als Anhänger des „Weißen arischen Widerstands“ - einer abstrusen amerikanischen Neonazi-Organisation, die auf den Grundsätzen des rassistischen Ku-Klux-Klan fußt.

Inzwischen hat Diesner auch gestanden, drei Tage vor dem Attentat auf der Autobahn schon auf einen Menschen geschossen zu haben: Und zwar auf den 63jährigen Buchhändler Klaus Baltruschai, der in seinem Laden im Berliner Stadtteil Marzahn schwer verletzt wurde.

Seine Pumpgun bekam Diesner über internationale Kanäle : Die gefährliche 12-Millimeter-Waffe stammt nach Ansicht der Polizei wahrscheinlich von einem österreichischen Kameraden des Todeschützen.

Sebastian Bähr

Deutscher möglicherweise in Oklahoma-Attentat verwickelt:

Zündelnde Kapuzenmänner

Am 19. April 1995 wurde in Oklahoma-City (USA) auf das „Alfred P. Murray Federal Building“ ein verheerender Bombenanschlag durchgeführt. Bei dem bisher schlimmsten Terroranschlag in der Geschichte der USA starben 168 Menschen, mehr als 500 wurden verletzt. Am 31. März beginnt der Prozeß gegen einen der mutmaßlichen Attentäter, Timothy McVeigh.

Nach Recherchen des Fernsehmagazins REPORT hat sich der Verdacht erhärtet, daß Andreas Strassmeir, Sohn eines früheren Parlamentarischen Staatssekretärs im Bonner Kanzleramt, in das Bombenattentat verwickelt ist. Wie REPORT am 24. Februar berichtete, soll der 38jährige nach seiner Flucht im Januar 1996 von US-Ermittlungsbehörden telefonisch verhört worden sein. Bereits eine Woche nach dem Anschlag habe das US-Außenministerium seine Botschaft in Bonn ersucht, bei deutschen Bundesbehörden die Vorgeschichte des Mannes zu erfragen.

Strassmeir lebte von 1990 bis 1996 illegal in den USA bei der rassistisch-religiösen Sekte „Christian Identity“ in Elohim-City im Bundesstaat Oklaho-

ma. Dort war er als Sicherheitsbeauftragter und Trainingsoffizier angestellt. Der Deutsche habe dort auch, so REPORT, paramilitärische Übungen für die Neonazi-Gruppe WAR („White Aryan Rasistance“) von Tom Metzger, einst Führer der kalifornischen Sektion der „Knights of the KuKluxKlan“ (KKKK), abgehalten. Bestätigt wurde dies REPORT gegenüber von Dennis Mahon (WAR-Führungsmitglied), einst „Grand Dragon“ der „White Knights of The Ku Klux Klan“, der 1991 auf seiner „Deutschlandtournee“ in der Nähe von Königs Wusterhausen medienspektakulär für RTL-Explosiv ein Holzkreuz verbrannte. Strassmeir soll, dies besagt ein Dokument der Anti-Terror-Abteilung des US-Außenministeriums vom 18. März 1996, „militärischer Ausbildungsoffizier“ der WAR gewesen sein. Von der Anti-Terror-Abteilung wurde zudem die Empfehlung ausgesprochen, den Mann nicht mehr in die USA zu lassen. Carol Howe, eine frühere US-Geheimagentin des BATF (Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms), die in Elohim-City eingeschleust war, hat nach eigenen Angaben die US-Behörden bereits vor dem Attentat gewarnt. Gegenüber dem „Sunday Telegraph“ äußerte sich Howe, Strassmeir sei der Hauptstifter des Attentats gewesen. Vier Monate nach dem Attentat hat Strassmeir die Sekte verlassen und ist auf Anraten seines Rechtsanwaltes, Kirk Lyons, dem Hausanwalt von Holocaustleugnern in aller Welt, nach Deutschland geflohen.

A. M.

Trauerfeier im Kreis der Anhänger **Nazi-Ikone verschieden**

Der notorische Holocaust-Leugner Thies Christophersen (geboren 27.1.1918 in Kiel) verschied am 13. Februar im Kreis der Familie in Molfsee bei Kiel, wo er sich kurz vor seinem Tod (Nierenkrebs) noch um einen Platz im dortigen Alten- und Pflegeheim bemüht hatte. Seit 1986 suchten ihn die deutschen Behörden per Haftbefehl, der sich der mehrfach vorbestrafte Revisionist einer Strafverfolgung durch Flucht ins dänische Kollund kurz hinter der Grenze entzogen hatte. Deutsche Auslieferungsbegehren 1988 scheiterten.

Als Christophersen durch Druck aus der dänischen Bevölkerung Ende 1994 von dort vertrieben wurde, lebte er nur noch aus dem Koffer. Der ehemalige Herausgeber der antisemitischen und die NS-Zeit verherrlichenden „Bauernschaft-Broschüre (seit 1969 vierteljährlich) wandte sich 1995 zunächst zu dem dänischen SS-Freiwilligen Ole Petersen (Grundbjerg/Fünen). Von dort nahm er Abschied aus Dänemark, nachdem sein Aufenthaltsort publik wurde. Das Beziehen und Ankaufen einer anderen Immobilie in Dänemark hatte sich nämlich zerschlagen. Seine Odyssee durch nationalsozialistische Stuben in Europa ließ ihn dann Abstecher nach Großbritannien, Belgien, Spanien und in die Schweiz machen. Dort erfolgte 1996 seine Ausweisung; zurück ging es wieder nach Spanien. Zwischendurch weilte Christophersen immer wieder in Deutschland - die Behörden handhabten den Haftbefehl wohl eher recht „lax“. 1995 vermachte er die „Bauernschaft“ dem in Kanada ansässigen Revisionisten-Hetzer Ernst Zündel. Bei seiner Festnahme am 31. Januar in Molfsee wurde durch einen Amtsarzt die Haftunfähigkeit des schwerkranken Christophersen festgestellt.

Offenbar als Erfüllung des letzten Willens des Altnazis planten die Angehörigen am 20. Februar eine große Trauerfeier in Flensburg. Als bekannt wurde, daß die Kapelle am Friedenshügel-Friedhof - eine kommunale Grabstätte - eine Bestuhlung von über 300 Personen sowie eine Lautsprecheranlage bereit stellen sollte, untersagte die Stadtverwaltung die Bereitstellung der Einrichtung. Dagegen versuchten die Angehörigen vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig zu klagen. Die Klage wurde jedoch abgewiesen. Daraufhin entschloß der Christophersen-Clan sich, die geplante Einäscherung

samt Trauerfeier im Krematorium auf dem Friedhof Kiel-Eichhof vorzunehmen. Kurzfristig erhielt man dort eine Erlaubnis für eine Trauerfeier - für eine Einäscherung fehlten einige Papiere. Die Räumlichkeiten wurden der Familie Christophersen zur Verfügung gestellt, nachdem diese versicherten, nur der Familienkreis werde an der Trauerfeier teilnehmen. Zudem ließ die Friedhofsverwaltung in Kiel sich die Trauerrede und die dazu gewünschten Musikstücke vorlegen.

Zu diesem Zeitpunkt mobilisierte das Nationale Infotelefon noch nach Flensburg. Dort liefen im Laufe des Tages knapp 35 Alt- und Neonazis auf. In Kiel versammelten sich unterdessen mehr Journalisten und Zivilbeamte der Polizei als Ewiggestrige. Kurz nach der Trauerfeier - die Laudatio hielt Heinrich Lorenzen aus dem Dorf Hollehitt (Kreis Schleswig-Flensburg); Lorenzen zählt zum Bund der Goden - tauchte noch ein rund 15köpfiger neonazistischer Reisekader um Uwe Jürgens - einst Wehrsportgröße in und um Celle (jetzt in Ostdeutschland aktiv) - auf. Besonders dynamisch-tolpatschig agierte im Kreis der Journalisten ein Duo der „Jungen Freiheit“, das pietätlos trotz eines Verbotsschildes in Sensationsmanier den angrenzenden Friedhof in Kiel mit dem Pkw befuhr und sich dann dankbar dem Jürgens-Clan anbot.

Erwähnt werden soll noch, daß die VVN/BdA in Flensburg auf dem Friedhof Friedenshügel am 20. Februar einen Gedenkkranz niederlegte. Es ist durchaus als Provokation zu verstehen, daß ausgerechnet an einem Ort mit vier größeren Gräberfeldern von Opfern des NS-Terrors der Altnazi (und/oder die Angehörigen?) mit der Trauerveranstaltung ein öffentliches Spektakel wollte(n). Ostarbeiter, Zwangsarbeiter sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge fanden auf dem Friedhofshügel ihre letzte Ruhe.

Horst Freires

HINWEIS

Dortmund - Ein Bildungsseminar will vom 1. bis zum 4. April vor Ort „Jüdisches Leben in Amsterdam“ erforschen. Amsterdam war einst ein Ort, der die Vielfältigkeit jüdischer Kultur widerspiegelte, was mit der Besetzung der Niederlande durch Nazi-Deutschland sein Ende fand.

Anmeldung und Information:

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Reinoldstraße 2-4, 44135 Dortmund, Tel. 0231/9520960.

„Gefahr für den demokratischen Grundkonsens“

Offener Brief an Gauweiler

Für die „Deutsche National-Zeitung“ aus dem Hause des Dr. Gerhard Frey war sie über Monate hinweg Dauerthema - die Hetze gegen die vom Hamburger Institut für Sozialforschung initiierte Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“. Wie üblich in den Frey-Gazetten wurden die Veranstalter persönlich ins Visier genommen und mit verbalem Schmutz beworfen. In dieses Horn bläst nun neuerdings auch der Münchner CSU-Chef Peter Gauweiler, der dem Hamburger Institutsleiter Jan Phillip Reemtsma statt Sachkritik dessen familiäres Erbe vorhält: Reemtsma solle „lieber eine Ausstellung über die Toten und Verletzten machen, die der Tabak angerichtet“ hat und sich im übrigen mit der Geschichte seiner Familie im 2. Weltkrieg auseinandersetzen. Im „Bayernkurier“ heißt es parallel, die „Linke“ führe einen moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk und die Nürnberger Prozesse wurden als „Strafmaßnahmen gegen Deutschland“ bezeichnet.

Bei dem Münchner Altoberbürgermeister und Ex-SPD-Bundesvorsitzenden Hans Jochen Vogel schrillten die Alarmglocken. Er brachte seine Bestürzung über solche Äußerungen in einem Offenen Brief zum Ausdruck, den wir nachstehend in leicht gekürzter Form dokumentieren:

„... Die Gefahr für den Grundkonsens ... geht - und das ist das Erschreckende - vom gegenwärtigen Vorsitzenden einer großen, in der Vergangenheit um unsere Stadt verdienten demokratischen Partei, nämlich der Münchner CSU und von denen aus, die ihn unterstützen oder gewähren lassen. Natürlich ist es sein gutes Recht, die Ausstellung zu kritisieren und sich mit ihr notfalls auch scharf auseinanderzusetzen. Wenn es ihm darum zu tun wäre, hätte er sich allerdings auch mit den Feststellungen des langjährigen Mitherausgebers der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Joachim Fest in seinem vor längerer Zeit erschienenen Buch „Staatsstreich“ beschäftigen müssen. (...) Und er hätte sich auch mit den detaillierten Beschreibungen einzelner von Wehrmachtsangehörigen begangenen Verbrechen auseinandersetzen müssen, die in der Ausgabe der offiziellen Bundeswehrzeit-

schrift „Truppenpraxis - Wehrausbildung“ vom Juni 1995 veröffentlicht worden sind.

Das hat er nicht getan und das war auch nicht seine Absicht. Seine Absicht war, politische Gegner zu verteufeln und unter Mißbrauch nationaler Empfindungen Haß gegen diejenigen zu säen, die auch dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte nicht ausweichen sondern den Verbrechen während der NS-Gewaltherrschaft und den Ursachen, die zur Katastrophe geführt haben, auf den Grund gehen wollen. Die keine kollektive Schuld proklamieren und schon gar nicht alle deutschen Soldaten aus der Zeit des zweiten Weltkriegs - zu denen ich übrigens ja selbst gehöre - als Verbrecher diffamieren, die aber im Bewußtsein der nachfolgenden Generationen verankern wollen, welcher Untaten Menschen fähig sind ... Zu diesem Zweck verwendet er Vokabeln der Rechtsradikalen und schlägt eine Tonart an, in der seinerzeit die Deutschnationalen die Verteidiger der Weimarer Republik bekämpft haben. Dabei schreckt er nicht davor zurück, die massenhafte Tötung von Juden und anderen Opfern in einen gedanklichen Zusammenhang mit dem Tod solcher Menschen zu bringen, die infolge übermäßigen Nikotingenuß vorzeitig gestorben sind. Das zeigt eine Verwilderung des Denkens und der Sprache, die bisher im Umgang mit den Opfern des Gewaltregimes den sogenannten Nationaldemokraten und Republikanern vorbehalten war.

Männer wie Franz Fackler, KZ-Häftling in Dachau und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion in der Nachkriegszeit, wie Werner Müller, langjähriger Schatzmeister der Münchner CSU und ebenfalls von den NS-Machthabern verfolgt ... würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie das hören könnten. (...) Und nicht minder bedrückend ist das Schweigen der CSU-Spitze und auch des Bayerischen Ministerpräsidenten zu diesen Vorgängen. Hier wird mit dem Feuer gespielt. Und das offizielle Organ der CSU gießt mit der kaum glaublichen Bemerkung, die „Linke“ - zu der dann ... wohl auch ein ehemaliger FAZ-Herausgeber und die Verantwortlichen einer Bundeswehrzeitschrift gehören - führe einen moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk und der ebenso schändlichen Bezeichnung der Nürnberger Prozesse als „Strafmaßnahmen gegen Deutschland“ noch Öl in dieses Feuer. (...) Wer sich so äußert, wer sich so verhält, wie das der augenblickliche Vorsitzende der Münchner CSU getan hat, der sollte seine politische Heimat bei der NPD suchen. An der Spitze einer demokratischen Partei hat er nichts mehr verloren...“

Neonazis auf Sendung

„Heil Deutschland“ aus dem Äther

Berliner Neonazis sind unter die Radiomacher gegangen. Einmal im Monat waren „Radio Deutschland“ (April bis August 1996) bzw. „Radio Germania“ (seit August 1996) jeweils eine Stunde im „Offenen Kanal“ der Stadt zu empfangen. Nach der Sendung am 8. Januar 1997 hat die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB), der die Aufsicht über den „Offenen Kanal“ obliegt, Schritte eingeleitet, um die Betreiber auf Dauer auszuschließen.

Der „Offene Kanal Berlin“ besteht seit 1985 und ist jeden Tag mit bis zu zwölf Stunden Fernseh- und Radioprogramm im Kabelnetz zu empfangen. Jeder kann dort auf Sendung gehen - vorausgesetzt, er wohnt in der Bundesrepublik, ist volljährig und hält sich an die Gesetze und Spielregeln: Werbung ist verboten, Urheberrechte müssen beachtet werden. Das Angebot wird von einer Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen genutzt.

Bereits seit 1995 waren allerdings auch befremdliche Töne zu vernehmen. Ihre Hörer sprach die Redaktion als „liebe Kameraden“ an und versorgte sie mit „Nachrichten aus der nationalen Szene“, u.a. über Prozesse und Verfahren gegen Rechtsextremisten. Der „Kameradschaft Beusselkiez“, einer Gruppe von Neonazis um den früheren Funktionär der „Nationalen e.V.“ im Stadtbezirk Moabit, Mike Penkert, entboten sie Grüße. Beendet wurden die Sendungen mit einem Hinweis auf ein „Nationales Infotelefon“ und den Worten „Heil Deutschland“. Die Musik steuerten der Liedermacher Frank Renicke und die Musikband „Sturmwehr“ („Der Volkszertreter“) bei.

Verantwortlich für das Programm von „Radio Deutschland“ zeichnete zunächst Lutz Giesen. Nach seiner Verurteilung wegen Volksverhetzung zu einer einjährigen Haftstrafe - er hatte zusammen mit den Neonazis Frank Schwerdt und Christian Wendt an der Zeitung „Schulungsbrief“ mitgewirkt - wechselte die Gruppe ihren Namen und ging als „Radio Germania“ auf Sendung. Gegenüber dem „Offenen Kanal“ trat nunmehr Penkert als Verantwortlicher auf.

Was da im „Offenen Kanal“ zu hören ist, war den Mitarbeitern des Senders nicht unbekannt. Schon

nach der ersten Sendung sei zu erkennen gewesen, daß einschlägige Inhalte verbreitet würden, erinnert sich der Leiter Jürgen Linke. Allerdings habe man am Anfang nicht gewußt, welche Gruppe hinter dem damals Verantwortlichen für die Sendung stand. Seit April 1996 wurden die Sendungen deshalb von der Medienanstalt „sorgfältig beobachtet“ und „ausgewertet“, wie Pressesprecherin Susanne Grams später vor dem Medienausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte. Weil in der April-Sendung ein Lied von einer durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indizierten Musikkassette eingespielt worden war, habe man gegen den Verantwortlichen ein Ausschlußverfahren durchgeführt. Bei den folgenden Sendungen sei man allerdings „nicht zu dem Ergebnis gekommen, daß der Inhalt gegen Strafrechtsbestimmungen oder gegen rundfunkrechtliche Bestimmungen verstößt“.

Diese Einschätzung änderte sich erst nach der Sendung am 8. Januar 1997 - vermutlich auch deshalb, weil es im Dezember zu einer Demonstration gegen „Radio Germania“ vor dem Gebäude des „Offenen Kanals“ gekommen war. „Ganz offensichtlich“, vermutet die medienpolitische Sprecherin der Bündnisgrünen, habe „erst der öffentliche Druck dazu geführt, daß der Medienrat versucht, weitere Sendungen von ‘Radio Germania’ zu unterbinden.“ Die Medienanstalt ließ ein „Jugendschutzgutachten“ erstellen. Ergebnis: In der „Gesamtschau“ könne durch die Wort- und Liedbeiträge eine Jugendgefährdung „nicht ausgeschlossen werden“, faßt Susanne Grams das Gutachten zusammen. Zwar sei die Musik durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften nicht indiziert worden. Sollte ein Antrag auf Indizierung gestellt werden, könne dies aber nicht ausgeschlossen werden.

Der verantwortliche Redakteur von „Radio Germania“ hat inzwischen zu dem Gutachten Stellung genommen. Auf seiner Sitzung Mitte Februar beschloß der Medienrat, ihn für ein Jahr von der Nutzung des „Offenen Kanals“ auszuschließen. Ob damit allerdings das Problem gelöst wird, ist zu bezweifeln. Der „Offene Kanal“ kann nur den Einzelnen, der als Programmverantwortlicher auftritt, belangen. „Das ist in der Tat ein Problem. Der Verantwortliche einer Gruppe wird ausgeschlossen. Dafür kommt dann ein anderer“, meint Linke. Und solange es keinen belegbaren Verdacht gebe, daß dieser gegen die Spielregeln des „Offenen Kanals“ verstößt, könne er nicht vor die Tür gesetzt werden.

Christian Nigl

Ärger mit der eigenen Vita: **Blackout**

Die Druckfahnen waren noch frisch und das Buch noch nicht ausgeliefert, als dem Verlag bereits mit gerichtlichen Schritten gedroht wurde: Ein im Buch auf insgesamt 12 Seiten namentlich Genannter fühle sich als „Rechtsradikaler und Nazi“ denunziert, so das Schreiben einer Anwaltssozietät. Beanstandet wurden von Ansgar Graw (geb. 1961), seit 1993 Redakteur beim Sender Freies Berlin (SFB), mittlerweile persönlicher Referent von Intendant Günther von Lojewski, folgende Punkte, die der Elefanten Press Verlag GmbH nicht verbreiten dürfe:

- Graw „habe am 9. Juni 1994 an einem Treffen der Berliner „Kulturgemeinschaft Preußen“ in der Gaststube „Falko's Schwabenstuben“ teilgenommen, bei der auch die Creme de la creme der Berliner Nazis zusammen in einer Hinterstube gesessen“ habe;
- Graw „sei nach Auflösung der Gruppe 146 Anfang der 90er Jahre in Hamburg in die journalistische Lehre zum Ostpreußenblatt gegangen“;
- Graw „habe für die Zeitung >Junge Freiheit< auch selbst zur Feder gegriffen“.

Aufgeführt sind diese Punkte in dem Kapitel „Über eine rechte Karriere: Der Aufstieg des Ansgar Graw“ im Buch „Rechtsschreiber“, dessen Auslieferung wegen der juristischen Auseinandersetzung mit Graw weiter ansteht. Für die Autoren des Buches „Rechtsschreiber“ Barbara Junge, Julia Naumann und Holger Stark, ist Graw „typisch“ für eine Reihe neuer Rechter, die als Studenten in Organisationen und Zeitschriften am rechten Rand auftauchen und mittlerweile in etablierten Institutionen angekommen sind - und dort Politik machen“. Das lesenswerte Buch informiert über eine „heterogene Strömung, die inzwischen alte wie neue Rechte umfaßt und vom rechten Rand von FDP und CDU über den Bund Freier Bürger und gewendete Linke bis hin zu Rechtsextremen reicht“.

Daß der Saubermann Graw seine rechtslastige Vergangenheit gerne abschütteln möchte, ist verständlich - könnte sie doch einer weiteren Karriere im Wege stehen. Vergessen scheint Graw zu haben, was er der „Jungen Freiheit“ anlässlich deren fünfjährigen Bestehens im Juni 1991 bescheinigte: „Es ist wichtiger - und die Zeitungsmacher haben das offenkundig erkannt - inhaltlich Fraktur zu reden als lahme Inhalte in Fraktur zu drucken, und ein pfiffiges Layout fällt eben nicht schon der ideologischen

Ächtung anheim, weil es A) auch bei den Linken beliebt und B) kein deutsches Wort ist.“ Entfallen scheint Graw auch zu sein, daß im Oktober 1993 eine Rezension von ihm über ein Buch des Rechtsaußen Klaus Hornung in der JF erschienen ist.

Gelernt hat Graw sein „journalistisches Handwerk“ wie „Nation+Europa“ (3/95) schreibt, beim Hamburger >Ostpreußenblatt<. Zeitweilig ist er gar im Impressum (z.B.: Oktober 1991), Ressort: Politik, Zeitgeschehen, Jugend namentlich aufgeführt. Auch in den letzten Jahren griff er für das Blatt zur Feder (z.B. OP-Ausgabe v. 3. Juni 1995). In einschlägigen Kreisen hinreichend bekannt ist Graw auch als Autor in Blättern wie „Criticon“ (z.B. 11/12/1990) und „Zeitenwende“ (2/90, 2/91), als einstiger stellvertretender Bundesvorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) oder als Teilnehmer einer Expertenrunde des „Studienzentrums für publizistische Bildung“, eines seminaristischen Ablegers der „Aktion Funk und Fernsehen“ (AFF), die gerne die Linkslastigkeit von öffentlich-rechtlichen Nachrichtenmagazinen anprangert.

Hubertus Kahl

(Junge, Barbara/Naumann, Julia/Stark, Holger: Rechtsschreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet“. Berlin 1997 (Elefanten Press), ca. 210 Seiten)

Täterfürsorge

Kiel/Schleswig - Wirbel löste der von „Panorama“ ausgestrahlte TV-Bericht über verdeckt ausgezahlte sogenannten „Opferrenten“ an ehemalige SS-Angehörige in Skandinavien aus. Das zuständige Versorgungsamt Schleswig gab zu, die Summen über das Deutsche Rote Kreuz und den Bund der deutschen Nordschleswiger mit seinem Generalsekretariat in Apenrade/Dänemark abzurechnen. Mit diesem Umweg wolle man vermeiden, daß die SS-Veteranen von Nachbarn behelligt werden und möglicherweise dann Repressalien ausgesetzt sein könnten. So könnten unter anderem auch Verfahren wegen Landesverrats auf die Betroffenen zukommen.

In Dänemark kommen noch 29 Mitglieder der damaligen Waffen-SS in den Genuß der Zahlungen. Schleswig-Holsteins Sozialministerin Heide Moser kündigte an, daß die Zahlungen in Zukunft auf direktem Wege erfolgen. Mit einer Umstellung der Zahlungsmodalitäten müssen nun auch 34 norwegische SS-Männer rechnen, hieß es aus dem Ministerium in Kiel.

H.F.

Wer Jude ist...

Wieder einmal zeigt uns die Vergangenheit des Dritten Reiches, daß sie nicht vergehen will. Wobei es eigentlich gar nicht um diese Vergangenheit ging, sondern mutwillig eine Verknüpfung mit der Gegenwart hergestellt wurde. Der Sachverhalt ist einfach: der britische Außenminister Malcolm Rifkind ist auf Vortragstournee durch Europa und trägt unter anderem in der nach dem glühenden Europaanhänger Konrad Adenauer benannten, der CDU nahen Stiftung seine gegenüber dem Einigungsprozeß kritischen Vorstellungen vor. Der Vorgang findet nur geringe Beachtung, anders als andere Tageszeitungen nimmt sich das Magenblatt der gebildeten konservativen Stände, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, des Auftrittes an und läßt eine junge Journalistin unter dem wenig zum Lesen animierenden Titel „Rifkind kritisiert den BSE-Bericht“ berichten. Der Beitrag bleibt zunächst unbeachtet.

Demgegenüber wird in Großbritannien sorgfältiger verfolgt, was der Außenminister jenseits des Kanals von sich gibt. Und da fällt auf, daß nach der Darstellung von Rifkinds <Gegenmodell zum europäischen „Bürokratiestaat à la Maastricht“> - ein Nationalstaat ohne Nationalismus, Dirigismus und Zentralismus - der überraschende, möglicherweise von der Autorin als pfiffig, provokant, auf jeden Fall originell gemeinte Schlußsatz folgt: <Als habe ihn seine Rede nicht ganz überzeugt, schloß der Jude Rifkind (Hervorhebung vom Verfasser) - ironisch apologetisch - mit dem deutsch hervorgebrachten Lutherwort: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders.“>

In Großbritannien entwickelt sich eine empörte Diskussion, wobei man den Ausrutscher der Journalistin als Bestätigung für das „Krebsgeschwür des Hitlertums“ (der Labourabgeordnete Kaufmann), „Rückkehr zur Sprache Hitlers“ (der Vorsitzende des Rates gegen den Antisemitismus, Hunt), als Beweis für das Wiederaufleben des deutschen Rechtsextremismus und als Untermauerung der latenten Sorge vor einer deutschen Vormachtstellung in Europa wertete. Die Autorin wies den Vorwurf des Antisemitismus zurück, sie habe nur ihre Überraschung über den Gebrauch des Zitats von Luther ausdrücken wollen (der, worauf in Großbritannien hingewiesen wurde, - zeitbedingend - überzeugter Judenhasser war).

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, reagierte erstaunlich

gelassen: es sei in Deutschland - leider - üblich, die Zugehörigkeit zum Judentum - positiv oder negativ - zu betonen, eine böse Absicht sei nicht zu vermuten. So weit so schlecht. Tatsächlich scheint der Wunsch der Autorin gewesen zu sein, ihren Text mit dem abzuschließen, was sie für eine Pointe hielt. Ob der Beitrag guter Journalismus ist, mögen andere entscheiden; aber es spricht nicht für die Klugheit oder Sensibilität der Autorin, daß ihr ein so überflüssiger Abschlusssatz in den PC geflossen ist. Leider hat die Sache damit nicht ihr Bewenden. Denn zu Recht muß sich die Dame fragen lassen, warum sie den britischen Außenminister mit dem Attribut seines Glaubens vorsieht - ich könnte mich nicht erinnern, in der FAZ gelesen zu haben, ob Herr Außenminister Kinkel Protestant, Katholik, möglicherweise Jude ist. Deshalb drängt sich der Verdacht auf, daß es unterbewußte, unbewußte Eingenommenheit gegen eine hierzulande planvoll verfolgte Minderheit war, die zu dem Sprachbild greifen ließ. Ein weiterer Beleg dafür, daß die im vergangenen Jahr heftig diskutierte Goldhagenthese über den deutschen Antisemitismus doch nicht ganz so falsch war? In jedem Falle trägt die Decke nicht, die über die deutsche Vergangenheit gebreitet wurde. Um so sensibler sollte der Umgang mit ihr sein, auch in der FAZ.

Klaus-Henning Rosen

PREISVERLEIHUNGEN

Bonn - Der Buchautor und Harvard-Professor Daniel Jonah Goldhagen wird den Demokratiepreis 1997 der Blätter für deutsche und internationale Politik erhalten. Die Zeremonie findet am 10. März 1997 um 20.00 Uhr in der Bonner Beethovenhalle statt. Als Redner treten Jürgen Habermas, Daniel J. Goldhagen („Hitlers willige Vollstrecker“) und Jan Philipp Reemtsma auf. Für einen feierlichen Rahmen sorgt das Rimsky-Korsakow-Quartett aus St. Petersburg; gespielt werden Werke von Dmitri Schostakowitsch und von Viktor Ullmann, der 1944 in Auschwitz ermordet wurde.

+++++

Düsseldorf - Die in Kalifornien lehrende Germanistin Prof. Ruth Klüger wurde in Düsseldorf mit dem Ehrenpreis der Heinrich-Heine-Gesellschaft ausgezeichnet. Die 1931 in Wien geborene Holocaust-Überlebende hat den undotierten Ehrenpreis für ihre wissenschaftlichen Verdienste und ihre autobiographischen Bücher „Weiter leben. Eine Jugend“ sowie „Katastrophen“ erhalten.

„Der Boden, aus dem der Rassismus sprießt“

Anthropologie im Zwielflicht

An mehreren Hochschulen in Deutschland regt sich Widerstand gegen Dozenten, Lehrstoff und entsprechende Literatur zur Humanbiologie und Bevölkerungswissenschaft. Der allgemeine Vorwurf lautet jeweils: Rassenlehre werde betrieben. Verwiesen wird dabei auf die im Nationalsozialismus fatalen Folgen dieser „Wissenschaft“, die mit der Typisierung von Menschen zur Staatsideologie wurde.

Kritik erhebt sich unter anderem am Leiter des Instituts für Humanbiologie an der Universität Hamburg, Prof. Rainer Knußmann. Er gilt bundesweit als führender Verfasser von Lehrbüchern auf diesem Gebiet. In einer seiner Fachpublikationen hat er Kriminellen bestimmte körperliche Eigenschaften zugewiesen. So sei bei Straftätern „überdurchschnittlich häufig eine fliehende Stirn“ festgestellt worden. Studenten benannten in einer symbolischen Aktion das Institut bereits in „Institut für Rassenkunde“ um. Vorwürfe in die gleiche inhaltliche Richtung treffen Ingeborg Welp. Sie ist Professorin an der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Kiel; Frauenfragen sind der Schwerpunkt der Psychologin. In ihrer Dissertation „Vergleichende anthropologische und psychologische Untersuchungen an 11- bis 16jährigen Mädchen in der Reifezeit“ kommt sie zu erstaunlichen Feststellungen. Demnach sollen Rothaarige häufiger Gesundheitsprobleme haben und ein höheres Körpergewicht aufweisen, was dann zu schlechteren Sportnoten führe. Desweiteren wurde von Welp festgestellt, daß Mädchen mit heller Haarfarbe „im Mittel einer höheren sozialen Schicht angehören als Mädchen dunkler Haarfarbe“. Ihren Studien liegen die Daten von insgesamt 452 Mädchen zugrunde.

Hans Wilhelm Jürgens, tätig am Bevölkerungswissenschaftlichen Institut der Universität Kiel, wird seit Jahren rassistisches Wirken nachgesagt, verborgen unter dem wissenschaftlichen Deckmantel. Er war Schüler des NS-Professors Mackenroth. Seine Habilitation aus dem Jahr 1961 trägt den Titel „Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem“. Darin tauchen auch Passagen entsprechender NS-Rassenlehre-Literatur auf, wie die

Zeitschrift „ÖkoLinx“ im Dezember 1994 befand. Ab 1978 tauchte Jürgens als Mitherausgeber der rassistischen und antisemitischen Zeitschrift „Mankind Quarterly“ in Erscheinung, die unter dem Begriff „Vererbungslehre“ rassistische Thesen propagiert. Die seriös-intellektuell aufgemachte Fachschrift „Homo“ beschäftigt sich in Form von wissenschaftlichen Aufsätzen und Kommentaren mit der Thematik der Anthropologie. Darin tauchen dann u.a. auch Beiträge von Welp, Jürgens und Knußmann auf. Gern beruft sich die unter Regie von Jürgen Rieger erscheinende Zeitschrift „Neue Anthropologie“ (Herausgeber ist die rechtsextremistische Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung) - Pendant zu „Mankind Quarterly“ - auf „Homo“. Fachliteratur zur Anthropologie beruht bis heute noch in Teilen auf Werken, die in der NS-Zeit entstanden sind.

Im Fall Knußmann hat sich jetzt auch der Wissenschaftssenator Leonhard Hajen eingeschaltet. Er äußerte kein Verständnis dafür, daß Knußmann Rückendeckung vom Universitätspräsidenten Jürgen Lüthje erhielt. Hajen erteilte dem Kriminologie-Professor Fritz Sack den Auftrag, ein 1996 erschienenes Lehrbuch des Institutsleiters unter die Lupe zu nehmen. Dieser kam zu einem vernichtenden Urteil: „Irreführend, wissenschaftlich unverwertbar und politisch verantwortungslos“ sei, daß Knußmann einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und „genetischer Belastung“ herstelle. In seinem Buch „Vergleichende Biologie des Menschen“ spricht er beispielsweise von „gehäuften Vorkommen eines überzähligen Y-Chromosoms bei Gewaltverbrechern“. Dies sei kriminologisch und biologisch nicht haltbar, empörte sich Sack. Von seinem biologischen Erklärungsansatz weicht er ab, wenn es darum geht, Väter und Großväter zu „analysieren“, die im Dritten Reich mitwirkten. Sie besaßen, so Knußmann, auf genetischer Basis keine schlechteren Charaktermerkmale als wir, sondern erlagen schlicht „dem raschen Wechsel des Zeitgeistes“.

In seiner Stellungnahme gegenüber dem Wissenschaftssenator betonte Sack u.a., daß er vorbehaltlos dessen „Unmut über die beschwichtigende Behandlung des Vorgangs durch den Präsidenten der Universität“ teile. „Eine Universität, die sich in einem solchen Konflikt nach dem Prinzip verhält, das Nest sauber zu halten, macht sich in der Tat zu einem ungewollten Komplizen der Bereitung eines Bodens, aus dem auch der Rassismus sprießt“, so der Kriminologe.

Horst Freires

Ergebnisse eines Forschungsprojekts:

Rechtsextremisten in Parlamenten

(Teil II)

Ein Team von Sozialwissenschaftlern hat das Wirken von rechtsextremistischen Parlamentariern anhand mehrerer Fallstudien untersucht. Festgestellt wurde u.a., daß trotz unterschiedlichen öffentlichen Auftretens von „Republikanern“ und DVU im Bereich der Ideologien und der parlamentarischen Strategien die Gemeinsamkeiten überwiegen. Beide Parteien würden sich auch agitatorisch gegen Sozialabbau und Kürzung staatlicher Leistungen (für deutsche Familien) wenden.

Der wissenschaftliche Tätigkeitsvergleich zwischen den Kommunal- und Landtagsabgeordneten von DVU und REPublikanern in Bremen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen läßt erkennen, daß sich die Szene der ultrarechten Parlamentarier zu Beginn der 90er Jahre ausdifferenziert hat. Wie sich zeigte, bestehen zwischen den einzelnen Mandatsträgern, Gruppen und Fraktionen der extremen Rechten bestimmte Unterschiede - sowohl in bezug auf ihre Sachkenntnis, ihre fachliche Kompetenz und ihre Intelligenz wie auch hinsichtlich der eingeschlagenen Strategie und Taktik, vor allem jedoch bei den Agitationsstilen und Argumentationsmustern.

Während die DVU ihre Wahlerfolge von 1987 und 1991 bei der Bremer Bürgerschaftswahl im Mai 1995 nicht mehr wiederholen konnte, hat das rechtsextreme Parteienspektrum durch das Resultat der REPublikaner bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 24. März 1996 und die Rückkehr ihrer Fraktion seinen gewohnten Zyklus überwunden. Auf vergangene Wahlbewegungen gestützte Hoffnungen, solche Parlamentsriegen würden, mit bedingt durch interne Querelen, perspektivloses Politikgebaren und eine sie stets begleitende Negativpresse, nach Ablauf einer Wahlperiode quasi automatisch wieder von der politischen Bildfläche verschwinden, haben sich als Zweckoptimismus erwiesen. Mit 9,1 Prozent der abgegebenen Stimmen übertrafen die REPublikaner bei weitem ihre eigenen Erwartungen.

Widersprüche im rechtsextremen Spektrum bestehen hauptsächlich im Hinblick auf die Frage, mit welchem Grad sichtbarer Anlehnung an das historische Vorbild nationalsozialistischer Politik man sich der (interessierten) Öffentlichkeit präsentiert. Noch stärker als zu Beginn des NPD-Aufstiegs während der 60er Jahre vereinen die entsprechenden Parteien heute Verfechter disparater Strategien. Diese strategische „Pluralisierung“ basiert auf einem zusehends lässigeren Umgang mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts über die demokratische Verfaßtheit politischer Parteien: Ein Verbot kann nur Parteien treffen, die sich entweder (wie die SRP bis 1952) eindeutig zu Reichsidee und Nationalsozialismus bekennen, oder solche, die zur Realisierung ihrer (macht)politischen Ziele auch militante Aktionen befürworten, schließlich höchstens noch Wahlplattformen, die nachweisbar auf keinerlei demokratischen Strukturen basieren. Diese Umstände nutzen die betreffenden Parteien zur mehr oder weniger friedlichen Koexistenz von verbal bzw. politisch radikalen und „gemäßigten“ Funktionären.

„Nadelstreifenfraktion“ der REP

Als einziger Streitpunkt von Rang bleibt die für Rechtsextremisten typische Meinungsverschiedenheit hinsichtlich einer Vereinigung des „nationalen Lagers“ unter einem organisatorischen Dach, welcher umfassende - nicht zuletzt aus persönlicher Machtgier der „Führer“ - keinesfalls wahrscheinliche Parteiauflösungen vorausgehen müßten. Ansätze parteiübergreifender Kooperation existieren bisher nur niederschwellig, indem sich z.B. REPublikaner und DVU darauf verständigen, welche Partei zu einer bestimmten Landtags- oder Kommunalwahl antritt; selbst solche Absprachen halten selten und verhindern kaum „Reibungsverluste“.

Während sich die DVU in Bremen bewußt von den anderen Fraktionen unterscheiden wollte, richten die baden-württembergischen REPublikaner ihr parlamentarisches Wirken auf die Wunschvorstellung aus, perspektivisch mit der CDU zu koalieren. Sie begreifen sich als politisches Korrektiv und als „Gegengewicht zu sozialdemokratischen Tendenzen innerhalb der Unionsparteien“. Konnte in der Bremischen Bürgerschaft von einer kontinuierlichen Fraktionsarbeit keine Rede sein konnte, suchen die (14 statt vormals 15 Abgeordneten der) REPublikaner im Stuttgarter Landtag aufgrund ihres „Normalitätsstrebens“ fast jede Debatte mit

eigenen Redebeiträgen anzureichern, und bemühen sich auch mit Erfolg um eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die süddeutschen REPublikaner folgen nicht der DVU-Taktik einer fundamentalen, sondern einer „konstruktiven Opposition“, was Folgen für die jeweilige Kandidatenaufstellung hatte. Kamen die Parlamentskandidaten in Bremen zur Politik „wie die Jungfrau zum Kinde“ und wiesen in aller Regel keine akademische Ausbildung auf, hat sich im Landtag von Baden-Württemberg unter der Führung Rolf Schlierers eine „Nadelstreifen-Fraktion“ etabliert. Konsequenzen hatte dies im besonderen für die jeweilige antintellektuelle Ausprägung der Propaganda.

„Steuerung von München aus“

Das öffentliche Auftreten der beiden Fraktionen weicht deutlich voneinander ab. Durch finanzielle Unregelmäßigkeiten, Selbstbedienungsmentalität und die Weigerung, ein Fraktionsbüro einzurichten, entwickelte sich die DVU in der Bremischen Bürgerschaft (übrigens ähnlich wie im Landtag von Schleswig-Holstein) zu einer ausgesprochenen Skandalfraktion. Man verweigerte die fachliche Arbeit in den nach Sachgebieten aufgeteilten Deputationen und konzentrierte sich auf den von der Münchener Parteizentrale gesteuerten Wahlkampf. Teure Hauswurfsendungen täuschten Bürgernähe vor. Ökonomische Verunsicherungen (Werfttenkrise, prekäre Landesfinanzen) und Unzufriedenheit in sozial benachteiligten Stadtteilen bildeten einen günstigen Nährboden für plumpe DVU-Parolen wie „Bremen/Bremerhaven muß deutsch bleiben!“ und „Deutschland den Deutschen!“. Mit ähnlichen Forderungen gingen die REPublikaner auf Stimmenfang in allen Teilen der Mittelschichten. Hier stand weniger die begründete Angst vor sozialer (absoluter) Deprivation im Vordergrund, sondern eher die Befürchtung, daß die erwirtschafteten Wohlstandsgewinne abnehmen könnten.

All den Differenzen zum Trotz, welche die Rechts-extremismusforschung der jüngsten Zeit betont - die REPublikaner als Teil der „Neuen Rechten“, die DVU als rechtsextreme Sammelbewegung -, überwiegen im Bereich der Ideologien und der parlamentarischen Strategien die Gemeinsamkeiten. Beide Fraktionen bestehen bzw. bestanden aus gemäßigten Parlamentarier(inne)n und solchen, die im Stile von Nationalsozialisten agitieren. Direkte

Bezugnahmen auf den Hitlerfaschismus und „alten Nationalismus“ waren bei der DVU jedoch zahlreicher als bei den „modernisierten“ REPublikanern. Während in Bremen eine kuriose Mischung aus Anlehnung an und Distanzierung von historischen Phänomenen vorherrschte, stehen die baden-württembergischen REPublikaner wie keine andere rechtsextreme Fraktion für die Taktik verbaler Zurückhaltung und vermeintlich demokratisch-nationalkonservativer Geisteshaltung. Ein Beispiel hierfür bietet die Haltung zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz: Während die Bremer DVU-Fraktion das Verfahren unter Beteuerung ihrer demokratischen Gesinnung fast widerspruchslos hinnahm („Wir haben nichts zu verbergen“), wehren sich die REPublikaner mit allen juristisch zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen.

Entdecken der „soziale Frage“

Bestätigt hat sich, daß vor allem die REPublikaner keine „Ein-Thema-Partei“ sind, sondern über die „Ausländer- und Asylfrage“ hinaus existentielle Ängste und Nöte der Bevölkerung, beispielsweise steigende Kriminalität oder soziale Probleme (Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot), geschickt aufgreifen und nationalistisch umdeuten.

Seit das „Ausländerproblem“ nicht mehr den gleichen wählermobilisierenden Effekt hat wie zu Zeiten der von 1991 bis 1993 kampagneartig geführten Asyldebatte, wird versucht, Belange der Inneren Sicherheit mit dem Thema „Ausländerkriminalität“ zu verknüpfen. Zudem treten die REPublikaner derzeit eine Islam-Debatte los, die vorwiegend auf kulturell-religiöse Unvereinbarkeiten zwischen den „Kulturkreisen“ abhebt.

Auf dem Feld des Ethnopluralismus als „neurechter“ Argumentationsfigur zeigt sich, daß die Kopie (in diesem Fall die DVU) das Original durchaus übertreffen kann. So verknüpften einzelne DVU-Abgeordnete die Diskussion über gewalttätige PKK-Aktionen in Deutschland mit der Forderung nach kurdischer Autonomie. Die REPublikaner wiederum verzichteten darauf, die parlamentarischen Debatten mit „ethnopluralistischem“ Gedankengut anzureichern.

Die Funktionäre von REPublikanern und DVU verstehen sich als „Sprachrohr“ des aus sozialen wie kulturellen Gründen verunsicherten Teils der Wahlbevölkerung. Zukunftsängste, ob begründet oder

irrational, können geradezu als „Lebensversicherung“ des parlamentarischen Rechtsextremismus gelten. Freilich trägt die Anwesenheit rechtsextremer Mandatsträger nicht zur Lösung der von ihnen skandalisierten Probleme bei. Vielmehr beschränkt man sich auf nationalistische Kritik an tatsächlich oder vermeintlich bestehenden Mißständen. Es geht den Rechtsextremisten nicht um die mühevollen und arbeitsintensive Aneignung von Problemlösungskompetenzen oder intern um richtungsweisende Diskurse, sondern lediglich um eine optimale, wählermobilisierende Art der Demagogie.

Sowohl die DVU wie auch die REPublikaner wenden sich agitatorisch gegen den Sozialabbau und die Kürzung staatlicher Leistungen (für deutsche Familien). Während die DVU glauben machen wollte, daß die sozialen Systeme einzig unter der Last sozial schwacher Ausländer zu kollabieren drohen, beginnen die REPublikaner allmählich, sozialpolitische Fragen auch abgekoppelt von der ethnischen Ausgrenzung zu erörtern. Man verfährt jedoch demagogisch, und zwar aus gutem Grund: Einerseits konterkariert jegliche klassen- bzw. schichtspezifische Forderung die rechtsextreme Fiktion einer nationalen, „volksganzen“ Interessenvertretung, andererseits weiß die extreme Rechte sehr wohl, daß ihre Wahlerfolge sich gerade aus den sozialen Ungerechtigkeiten speisen. So werden soziale Schieflagen ohne ein fundiertes theoretisches Konzept von beiden Fraktionen hochgradig populistisch aufbereitet, um das Mißtrauen gegen die jeweiligen Landesregierungen zu schüren. Eine fortschrittliche Sozialpolitik liegt mit Sicherheit nicht im Interesse der extremen Rechten, die vor allem Anhänger der Arbeits- und Leistungsgesellschaft sind. Als solche unterstützen sie ein striktes „Lohnabstandsgebot“ und rigide Zwangsmaßnahmen für Sozialhilfeempfänger.

In zentralen Fragen herrscht zwischen REPublikanern und DVU weitgehend Einigkeit. Für beide Parteien ist die deutsche Wiedervereinigung nur eine teilweise, und eine Europäische Union kann aus ihrer Sicht nur als Staatenbund ohne Verlust der nationalen Souveränität, bestenfalls noch als ein vom Süden abgekoppeltes „Kerneuropa“ funktionieren. Zumindest die Hardliner unter den baden-württembergischen REP-Abgeordneten stellen das Selbstverständnis einer entideologisierten, demokratisch „geläuterten“ Partei permanent in Frage. Diskrepanzen beschränken sich oft auf den politischen Stil und den Habitus.

Christoph Butterwegge/Lüder Meier

(Die gesamten Ergebnisse des skizzierten Forschungsprojekts enthält ein Buch, das soeben erschienen ist:

Christoph Butterwegge / Birgit Griesse / Coerw Krüger / Lüder Meier / Gunther Niermann, Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand - Fallstudien - Gegenstrategien, Leske & Budrich, Opladen 1997)

HINWEIS

SPD-Workshop

Bonn - Die Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion lädt für den 17. März nach Bonn zu einem Workshop „Bekämpfung von Rechtsextremismus“ ein.

Im ersten, nichtöffentlichen Teil der Veranstaltung soll anhand von Statements aus der SPD-Bundestagsfraktion, den Landtagsfraktionen und der Eurofraktion über bereits eingeleitete und geplante politisch-parlamentarische Aktivitäten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und über einen kontinuierlichen Austausch der Erfahrungen untereinander beraten werden.

Der zweite, öffentliche Teil des Workshops wird im Rahmen des „Europäischen Jahres gegen Rassismus 1997“ stehen. Vor dem Hintergrund der Erfolge der „Front National“ in Frankreich, dem Aufstieg der Haider-Partei in Österreich und rechtsextremen Umtrieben in der Bundesrepublik soll jenseits tagespolitischer Fragen darüber beraten werden, wie ein vielfältiges gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und Gewalt gefördert werden kann. Dazu wurden auch Wissenschaftler/innen und engagierte Bürger/innen aus lokalen und regionalen Initiativen nach Bonn eingeladen.

Workshop „Europäisches Jahr gegen Rassismus 1997 - Stand und Bekämpfung des Rechtsextremismus in Bund, Ländern und Europäischer Union“; Montag, 17. März 1997, 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Bonn, Neues Hochhaus Anbau, Raum 323, 53113 Bonn.

Sammelbecken für Neonazis

Bremen - Nach mehr als einem halben Jahr ist wieder eine aktuelle Ausgabe von „Einheit und Kampf“ erschienen. Die Auflage des „Revolutionären Magazins für Nationalisten“, so der Untertitel, liegt nach Eigenangabe bei 3.000 Exemplaren. „Zusammen mit einer neuen Redaktionsmannschaft werden wir in den kommenden Monaten versuchen, Einheit und Kampf wieder zu einem Sprachrohr des gesamten nationalen Widerstandes zu machen.“

Zur neuen Redaktion gehören der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel (26) und der Beisitzer („Schulungsreferent, Strategie, Programm“) des JN-Vorstandes Steffen Hupka (33). Neu dabei sind der presserechtlich verantwortliche Herausgeber Markus Privenau, Stefan Bach und Tobias Thingsen. Die Redaktion hingegen verlassen haben Andreas Storr, ehemaliger JN-Bundesvorsitzender, und Jan Zobel. Mittlerweile wurden beide sogar „aus dem Bundesvorstand der JN ausgeschlossen bzw. ihrer Ämter enthoben“, so berichtete auch das neonazistische „Thule-Netz“ (vgl. BNR 4/97). Grund für die Ende Januar vollzogene Trennung war u.a. ein Schriftstück der beiden, „in dem in massiver Weise gegen Hamburger Kameraden und andere NSler gehetzt wird“, so ein Vorwurf im „Thule-Netz“.

Die „Jungen Nationaldemokraten“ haben sich in den vergangenen zwei Jahren immer mehr für Kader verbotener neonazistischer Organisationen wie der „Nationalistischen Front“, der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ und des „Nationalen Block“ geöffnet. Selbst der Verfassungsschutz spricht inzwischen von den JN als einem „Sammelbecken“ für Neonazis, aber auch für Skinheads und Hooligans. Neben Storr und Zobel kritisiert, so der Verfassungsschutz, auch der Vorsitzende des mitgliederstarken Landesverbandes von Baden-Württemberg, Michael Wendland (27), den aktuellen Kurs des seit 1993 amtierenden JN-Bundesvorsitzenden Holger Apfel.

Der derzeitige Hauptverantwortliche für „Einheit und Kampf“, Privenau, war Anfang der 90er Jahre Funktionär der neonazistischen Knasthilfe „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Von 1990 bis 1992 fungierte Privenau, mit Unterbrechung, als Schriftleiter der monatlich erscheinenden „HNG-

Nachrichten“. Im August 1991 wurde er zum 1. Beirat, zuständig für Informationen, des HNG-Vorstandes gewählt. Aus den „HNG-Nachrichten“ wurde für „Einheit und Kampf“ eine „Liste der politischen Gefangenen“, auf der sich alte und neue Nazis sowie Revisionisten finden, übernommen. Zu den Autoren zählen neben den Redaktionsmitgliedern auch die vorbestraften Kader Thomas Wulff (37) und Christian Worch (40) von der 1995 verbotenen „Nationalen Liste“ Hamburg.

Sönke Braasch

Neuheidnisches Ostern

Jena - Vom 28. bis 31. März findet im Rahmen des „Ostarafestes“ (Ostara: germanische Frühlingsgöttin) die Jahresversammlung der „Gemeinschaft zur Erhaltung der Burgen e.V.“ auf der 1220 errichteten Leuchtenburg bei Jena statt. Die „Burgengemeinschaft“ ist eng mit der heuheidnischen „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände“ (ANSE) verbunden. Referate bei der „Burgengemeinschaft“ halten: Sigrun Freifrau von Schlichting, Gründerin der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände“ (ANSE) und Bernhard Schulz, einst Schriftleiter von „Huginn+Muninn“, dem Organ der ANSE. Im Rahmen des „Ostarafestes“ wird auch die diesjährige Mitglieder-Versammlung des „Armanen-Ordens“ (AO) abgehalten. Der AO wendet sich gegen die biblische Lehre vom Wert jedes Menschen und der Gleichheit aller. An der Spitze der hierarchisch gegliederten Organisation, deren Glaubensinhalte durch einen extrem primitiven Rassen-Okkultismus mit theosophischem Einschlag geprägt sind, steht der Großmeister Adolf Schleipfer. Höhepunkt des „Ostarafestes“ sind u.a. eine Runen-Übung, das Schöpfen von Osterwasser, der Midgartsen und ein großes Rittermahl in der mittelalterlichen Burgschänke. Eingeladen sind: „Alle Burgenfreunde, Kelten, Germanen, Veneden, Ritter, Wikinger und Freunde historischen Brauchtums und Kultur“. Ausdrücklich nicht eingeladen sind Journalisten, da sich diese nach Auffassung von Schlichting vom Programm „überfordert fühlen“. Vor dennoch anwesenden unliebsamen Beobachtern werden die Möchtegern-Ritter ausdrücklich gewarnt: „Deshalb bitten wir unsere Gäste in allem vorsichtig und behutsam zu sein und selbst ein wenig zu beobachten und zu überwachen.“

Tagebuch

Bonn - Dem Bundeskriminalamt sind im vierten Quartal 1996 insgesamt 169 antisemitisch motivierte Straftaten bekannt geworden, darunter vier Fälle von Störung der Totenruhe, sieben Sachbeschädigungen und 158 „sonstige Straftaten“. Im Vergleichszeitraum Oktober bis Dezember 1995 waren 205 antisemitisch motivierte Straftaten, darunter drei Körperverletzungen, registriert worden. Die Gesamtzahl der antisemitischen Delikte lag 1995 bei 957 Vorfällen; 1994 hatte die Zahl noch 1359 betragen.

Düsseldorf/Düren/Berlin - Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ darf vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz weiterhin beobachtet und in den jährlichen Berichten erwähnt werden. Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hat eine entsprechende Klage der „Jungen Freiheit“, anwaltschaftlich vertreten durch Manfred Brunner, Vorsitzender der „Bund Freier Bürger“, zurückgewiesen. Das Gericht bestätigte damit die Auffassung von NRW-Innenminister Franz-Josef Kniola, daß es tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der JF gebe. Die JF bzw. Manfred Brunner, erwägen derzeit, gegen das Urteil vorzugehen, „notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht“. Bereits im Herbst vergangenen Jahres war eine Einstweilige Anordnung der JF, die Verbreitung des Landesverfassungsschutzberichts für 1995 unterbinden zu lassen, vom Düsseldorfer Gericht ablehnend beschieden worden.

In der Ausgabe der „Jungen Freiheit“ 9/97 vom 21. Febr. 1997 findet sich eine Anzeige des Buchdienstes Michael Prümmer, Düren. Prümmer, Bundesgeschäftsführer der „Jungen Nationaldemokraten“ bietet in seinem „nationalen Buchdienst“ alles an „was der >Rechtsstaat< BRD noch nicht verboten hat“, u.a. auch per Internet die online-Ausgabe der neonazistischen Deckert-Depesche.

Duisburg - Der am 12. August 1990 in Bonn gegründete „Bund für Gesamtdeutschland“ (BGD) führt vom 11. bis 13. April in Hannover seine diesjährige Frühjahrstagung durch. Auf eine kleine Anfrage der Gruppe der PDS teilte die Bundesregierung (BT-Drucksache 13/6159) unlängst mit, daß Aktivitäten des BGD im Rahmen des Beobachtungsfeldes „Rechtsextremistische Bestrebungen“ ausgewertet würden. Anhaltspunkte für rechtsextreme Bestrebungen des Bundes seien u.a. „die antidemokratische Haltung des BGD, revisionistische und ansatzweise auch fremdenfeindliche

Äußerungen sowie die Angebote an rechtsextremistische Gruppierungen zur Zusammenarbeit.“ Bundesvorsitzender des Bundes ist Horst Zaborowski (Duisburg), Geschäftsführer i.R., der seine rechtsextreme Grundhaltung auch im Thule-Netz kundtut. Im neuesten BGD-Rundbrief „Unsere deutsche Heimat“ (7. Jahrgang) wird zur Unterstützung des Neonazi-Ehepaars Kurt und Ursula Müller aufgerufen, die in Mainz-Gonsenheim eine Gärtnerei betreiben. Müllers, so der BGD, seien in einen „Prozeß mit politischem Hintergrund verwickelt“, der mit Freiheitsentzug für mehrere Monate enden könne. Dazu der BGD: „Wer etwas von Pflanzen versteht und bereit wäre, in der Zeit der Abwesenheit des Ehepaars Müller in diesem Betrieb nach dem Rechten zu sehen, wird gebeten zu helfen.“

Erfurt/Altenburg (Th.) - Nach Angaben des thüringischen Innenministers Richard Dewes soll in der ostthüringischen Stadt Altenburg eine von neonazistischer Seite verfaßte „Todesliste“ kursieren. Urheber sei eine bislang dem Verfassungsschutz nicht bekannte Gruppierung „Blood & Honour“ - offenbar in Anspielung an das britische Neonazi-Musik-Netzwerk. Als potentielle Opfer würden sieben lokale Politiker, unter anderen der Bürgermeister, aufgeführt. Des weiteren würde zu Anschlägen gegen Autonome aufgefordert. Laut Auskunft des SPD-Innenministers existiert in Thüringen ein harter Kern von rund 50 militanten Rechtsextremisten, wobei etwa 500 Sympathisanten hinzuzurechnen seien.

Hamburg - Im Hoch-Sauerland wird vom 13. bis 19. April der diesjährige Jahreskongreß des rechtsextremen Vereins „Die Deutschen Konservativen“ stattfinden. Als Referenten treten nach Auskunft von Joachim Siegerist, Bundesvorsitzender des im Bundesverfassungsschutzberichtes 1996 aufgeführten Vereins, u.a. „Abgeordnete aus der CDU“ und „Freunde von kleineren Parteien“ auf. Förderer bzw. Mitglieder der „Deutschen Konservativen“ kommen auch aus den Unionsparteien, der Christlichen Mitte (CM), den REPublikanern und dem Bund Freier Bürger (BFB) - dies ist dem Januar-Rundbrief von Siegerist zu entnehmen. Siegerist selbst will bei der nächsten Parlamentswahl in Lettland für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren.

Kiel - Die Scientology-Organisation ist nach Ansicht der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) eine extremistische Organisation. Scientology erhebe einen totalitären Herrschaftsanspruch in Theorie und Praxis und ver-

suche, die Bundesrepublik zu beeinflussen, betonte Frau Simonis bei der Vorstellung des Sektenberichts für Schleswig-Holstein. Nach Ansicht der Ministerpräsidentin müsse der Staat dafür Sorge tragen, daß dieser „internationale Gehirnwäsche-Verein“ nicht quasi im rechtsfreien Raum agieren könne, wie es immer wieder versucht werde.

Köln - Die Nummer 1 einer Zeitschrift „Neue Doitsche Welle“ (Untertitel: „Das ultimative Szi-ne“) ist erschienen. Herausgeber ist der hinreichend bekannte Manfred Rouhs („Europa Vorn“, „Deutsche Liga für Volk und Heimat“). Chefredakteur des Blattes, das „Deutschlands größte Jugendzeitschrift“ werden will, ist Sascha Wagner, Bundesvorstandsmitglied der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN).

Mainz - Der rheinland-pfälzische Landesverband der „Republikaner“ wurde am 21. Februar zehn Jahre alt. Nach eigenen Angaben haben die REP in Rheinland-Pfalz heute rund 1.000 Mitglieder, Landesvorsitzender ist Gerhard Meyer. Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz im März vergangenen Jahres erzielten die REP ein landesweites Ergebnis von 3,5 Prozent.

Mainz - Neuer Schriftleiter der von der neonazistischen Gefangenenhilfe „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) herausgegebenen „HNG-Nachrichten“ ist der 23jährige Andree Zimmermann aus Olpe. Der vorbestrafte Neonazi Zimmermann war Mitglied der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ und ist gegenwärtig bei der 1991 gegründeten „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) aktiv. Eine von Zimmermann Ende 1995 mitinitiierte „Unabhängige Freiheitliche Vereinigung“ (UFV) ist seit der Gründung weitgehend inaktiv. Im August vergangenen Jahres forderte die UFV in den „HNG-Nachrichten“ eine neue Familienpolitik. „Der Abbau der Familie in den letzten Jahrzehnten ist ein Ausdruck materialistischer Gesinnung, den die UFV überwinden will.“ In der Vergangenheit betrieb Zimmermann das „Nationale Infotelefon Sauerland“. Vergangenen Jahres gehörte Zimmermann dem „Aktionskomitee Rudolf Heß“ an, das für den Neonazi-Aufmarsch in Worms (vgl. BNR 18/96, 20/96, 24/96) verantwortlich war. Unter dem Pseudonym „Lutscher“ agierte der Neonazi im „Thule-Netz“.

München/Jerusalem - Die Auseinandersetzungen um die zur Zeit in München gezeigte Wehrmachts-

Ausstellung werden in Israel mit Argwohn verfolgt. Die Knesset-Abgeordnete Naomi Blumenthal erklärte gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“, sie sei schockiert, wie gegen diese Ausstellung protestiert und demonstriert werde und habe deswegen eine aktuelle Fragestunde im israelischen Parlament beantragt.

München/Recklinghausen - Die Dauerkritik aus dem Hause Dr. Frey an der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ wird jetzt unterfüttert durch die Neuerscheinung aus dem FZ-Verlag mit dem Titel „Deutsche Soldaten - Mörder oder Helden? Die Wahrheit über das deutsche Soldatentum. Zeitgleich wird für das 416seitige Machwerk mit 1000 Bild- und Textdokumenten zum Preis von DM 49,90 auch in dem Revanchistenblatt „Der Schlesier“ geworben.

Rottach/München - Der Ex-Bundesvorsitzende und Ex-„Republikaner“ Franz Schönhuber ist derzeit eifriger Leserbriefschreiber in der „Süddeutschen“. Zu den Besucherzahlen bei CSU-Aschermittwochsveranstaltungen merkt er an, daß der Rekord hier den REP gebühre, nämlich mit angeblich weit über 9.000 im Jahr 1994 in der Nähe von Osterhofen, und natürlich damals noch mit ihm selbst, Schönhuber, als Redner. Zu dem Münchner Streit um die Wehrmachtsausstellung meint Schönhuber, daß die CSU ihn hier rechts überholt habe.

St. Gallen (Schweiz) - Erstmals hat sich in der Schweiz ein Gericht mit der Frage befaßt, ob Scientology eine Religion ist und sich damit auf den Schutz durch die Antirassismus-Strafnorm berufen kann. Die Anklagekammer des Kantons St. Gallen hat diese Frage eindeutig verneint und daher das (von einem Scientologen) angestrebte Verfahren gegen eine Scientology-Kritikerin eingestellt. Der Pressesprecher von Scientology kündigte gegenüber einer Nachrichtenagentur an, daß die Sekte die Anerkennung als Religion mittels einer Grundsatz-Entscheidung des Schweizer Bundesgerichts anstrebe.

Starnberg - Zum Regionalbeauftragten Nordhessen der „Deutschland-Bewegung“ von Alfred Mechtersheimer (Starnberg) wurde der einstige REP-Kreistagsabgeordnete, der ultrarechte Liedermacher und Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“ (JF), Friedrich Baunack, bestimmt. Regionalbeauftragter in der Kurpfalz wurde Christian Schaar, der 1995 bei den ASTA-Wahlen an



der Heidelberger Universität für die Liste „Freiheit der Andersdenkenden“ kandidierte.

Straßburg (Frankreich) - Gegen den Herausgeber der elsässischen Autonomisten-Zeitung „Rot und Wiss“ (Auflage: monatlich 2.500 exemplare), Gabriel Andres (71) hat in Straßburg ein Strafprozeß wegen Leugnung des Holocaust begonnen. Andres, seit Jahren Autor in der „Jungen Freiheit“, muß sich für einen Artikel verantworten, in dem die Existenz von Gaskammern geleugnet und die Verbrechen im elsässischen KZ Struthof in Frage gestellt werden. Der Autor des Artikels, Edouard Haug, ist kürzlich verstorben.

Stuttgart - Die Staatsschutzkammer des Stuttgarter Landgerichts verurteilte am 6. Februar das Ehepaar Karl-Hans und Edda Schmidt jeweils zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und acht Monaten sowie zu Geldstrafen von 7.000,— und 3.000,— Mark; zusätzlich haben die Verurteilten die Kosten des Verfahrens zu tragen. Angeklagt waren der 57jährige Karl-Hans und die 48jährige Edda Schmidt (ehemals Funktionärin der verbotenen „Wiking-Jugend“) wegen Volksverhetzung, Verbreitung von Propaganda verfassungswidriger Organisationen, Aufstachelung zum Rassenhaß und Vorrätighalten von jugendgefährdenden Schriften (vgl. BNR 3/97). Der Vorsitzende der 20. Strafkammer am Stuttgarter Landgericht, Jürgen Behringer, zählte in seiner Urteilsbegründung das Ehepaar Schmidt zu den „geistigen Brandstiftern“, die genauso schlimm wie die Autoren der revisionistischen und NS-apologetischen Werke seien. Das Urteil ist nach Auskunft des Gerichts gegenüber dem „blick nach rechts“ bereits rechtskräftig.

Stuttgart - Die baden-württembergische Landtagsfraktion „Die Republikaner“ lädt für Freitag, den 14. März 1997 zu einer Vortragsveranstaltung mit Dr. Alfred Mechttersheimer (57) in den Plenarsaal des Stuttgarter Landtages ein. Thema des Vortrages von Mechttersheimer ist „Multi-ethnische Entwicklung und Demokratiegebot“. Im Januar

Adresse:

trat der Referent Mechttersheimer bei der rechten Heidelberger „Burschenschaft Normannia“ mit der rhetorischen Frage „Deutschland oder multiethnische Siedlungsgebiet?“ an. Vergangenen Oktober unterstützte Mechttersheimer zusammen mit dem Bundesvorsitzenden der rechtsextremen „Republikaner“ Rolf Schlierer (42) den REP-Kandidaten bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl, den 58jährigen Diplom-Volkswirt und REP-Stadtrat Dieter Lieberwirth. Mechttersheimer ist Initiator des deutschnationalen „Friedenskomitee 2.000“ und der rechtsextremen „Deutschland-Bewegung“.

Stuttgart - Anfang Februar verstarb in Stuttgart der Rechtsextremist Dr. Albert Riester im Alter von 80 Jahren. Der promovierte Volkswirt Riester gehörte dem „Deutschen Orden“ (OT) an und war „ständiger Mitarbeiter“ und Autor der revisionistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“. Herausgeber von „Recht und Wahrheit“ ist der 68jährige Vorsitzende der Gruppierung „Die Deutsche Freiheitsbewegung“, Georg Albert Bosse. Daneben publizierte Riester zahllose Leserbriefe und 1987 das autobiographische Buch „Gegen den Strom“.

Weißenbrunn/Bayern - Eine Hausdurchsuchung fand am 14. Februar bei Kai Dalek statt. Darüber berichtete Dalek (alias „Undertaker“), Kraftwerk-Sysop, im Thule-Mailboxnetz. Seinem Kameradenkreis offenbart Dalek, der im letzten Jahr dem Aktionskomitee Rudolf Heß angehörte, zuvor u.a. als „Geschäftsführer“ der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) fungierte und auch als Leserbriefschreiber im SPIEGEL (48/96) bundesweit auf sich aufmerksam machte, daß sein Telefon vom Staatsschutz abgehört wird.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:

Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 2599 1641, Fax 2599 1654

Redaktionsleitung:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:

DAVIS BONN GmbH

Druck:

Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten